

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Heft 6-2025 | EUR 9,00 | C 12232



Norbert Reuter: Rahmenbedingungen der Tarifpolitik
J. Specht | C.-J. Göpfert:
Kämpfe bei CFM und Nestlé



Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von
Andreas Fisahn, Joachim Rock,
Joachim Bischoff, Bernhard
Müller, Florian Weis, Hasko
Hüning, Manuel Schmitt,
Janis Ehling, Wolfgang Müller



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf www.Sozialismus.de

2025 anhaltende Stagnation

Die »Wirtschaftsweisen« korrigieren ihre bisherige Prognose: Für 2025 wird kein Wachstum mehr erwartet, frühestens 2026 könnte sich die Lage mit einem mageren Plus von einem Prozent etwas bessern. Allerdings bietet das 500-Milliarden-Euro-Paket für Reformen der Infrastruktur Chancen zu Wachstumsimpulsen.

[...]

Der erste Treffer

Karol Nawrocki war in seiner Jugendzeit Boxer, dem Talent wie sportlicher Ehrgeiz nicht abgesprochen werden konnten. Nun landete er im großen Duell um Polens Präsidentenamt den ersten Treffer, der für viele Beobachter zu diesem Zeitpunkt doch überraschend kommt. Zwar liegt er mit einem Ergebnis von 29,5% der abgegebenen Stimmen leicht hinter Rafal Trzaskowski zurück, der auf 31,4% kommt. [...]

»Die Hoffnung organisieren«

Unter diesem Leitthema hielt die Partei Die Linke ihren Bundesparteitag ab, auf dem es schwerpunktmäßig um die Auswertung des Wahlerfolgs bei den Bundestagswahlen im Februar und die Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit ging. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter www.Sozialismus.de

Heft Nr. 6 | Juni 2025 | 52. Jahrgang | Heft Nr. 506

Faschistischen Tendenzen widerstehen

- Andreas Fisahn: »Gesichert Rechtsextrem« Diskussion um ein AfD-Verbot 2

Bernhard Müller: Reformpolitik trifft auf Enttäuschung, Verunsicherung und Vertrauensverlust. Rechtsextremistische und neurechte Einstellungen 7

Joachim Bischoff: Walter Benjamin und der Kampf gegen den Faschismus 12

Schwarz-roter Politikwechsel

Hasko Hüning: Eine andere SPD? Fragile Perspektiven und labile Existenz 18

Joachim Rock: Wachsende Ungleichheit, ärmere Arme und schwindende Perspektiven. Armutspolitik in der Zeitenwende 22

Manuel Schmitt: Vermögensteuer? Geht! Die Schweiz widerlegt den Mythos vom Unmöglichen 27

Björn Radke: Rückwärtsgang bei der Energiewende? 30

Donald Trump und die Folgen

Joachim Bischoff: Motor globaler Akkumulation stottert. Die Zukunft entscheidet sich auch an einem »Großen Schönen Gesetz« zum Budget der USA 33

Wolfgang Müller: Sieg im Zollkrieg oder nur kurzer Waffenstillstand? China hat sich gut vorbereitet 38

Forum Gewerkschaften

Norbert Reuter: Aktuelle Rahmenbedingungen der Tarifpolitik 42

Johannes Specht: »TVöD – für alle an der Spree«. Harter Tarifkampf der Charité-Servicegesellschaft CFM – Pilotcharakter für den Gesundheitsbereich? 45

Claus-Jürgen Göpfert: »Geiern auf noch mehr Profit« Wie und warum Nestlé in Deutschland Tausende von Arbeitsplätzen abbaut 48

Christoph Scherrer/Edlira Xhafa: Politische Bildung für Arbeiter*innen Die Erfahrungen der Global Labour University 53

80 Jahre nach Ende der Nazi-Herrschaft

Florian Weis: Blutige Farce. Die Geschichte der Dönitz-Regierung im Mai 1945 56

Aktuelle Bücher

Janis Ehling: Die Friedensbewegung war nie ohne Widersprüche Pascal Beuckers Streitschrift zum Pazifismus 60

Christoph Görg: Selbstbestimmt arbeiten, Betriebe demokratisieren 62

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 29

Veranstaltungen & Tipps 64

Klaus Schneider: Oslo Stories: Träume (Filmkritik) 65

Eine andere SPD?

Fragile Perspektiven und labile Existzen

von ■ Hasko Hüning

Großumbau der Partei

Man wird es als Leser der »Frankfurter Allgemeinen« wohl als bemerkenswert empfinden dürfen, dass sich die »Zeitung für Deutschland« (FAZ) um die Sozialdemokratie sorgt. Mit durchaus anerkennendem Unterton kommentiert¹ sie mit Blick auf die Rolle der SPD in der neuen Regierung den Aufstieg und die Machtfülle, die sich Lars Klingbeil bisher erfolgreich organisieren konnte: Parteivorsitzender und während der Koalitionsverhandlungen kurzzeitiger Fraktionsvorsitzender, nun Vizekanz-

ler und Finanzminister. Damit beginnt er eine Ära der geteilten Macht in der SPD und kehrt »zum Modell ›Die Partei, das bin ich‹« wie zur Zeit von Gerhard Schröder zurück, bei dem er das politische Handwerk gelernt habe. Zugleich habe er sich bei aller sichtbar werdenden Verjüngung und Erneuerung der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft bis hin auf die Ebene der Staatssekretäre sowie der parlamentarischen und Partefunktionen (Fraktionsvorsitz, Ausschussvorsitzende, Generalsekretär) mit lauter »Frols«, will heißen »Friends of Lars« umgeben: »Alle Männer

und Frauen der SPD im Kabinett leiten ihre Macht von ihm ab.«²

Demzufolge kommt die FAZ nicht umhin, ihm große machttaktische Cleverness beim »Großumbau der SPD« zu bestätigen. Doch an diesem Punkt beginnen die Sorgen des großbürgerlichen Zentralorgans: Zieht er wirklich bei der von ihm groß angekündigten »Veränderung der SPD« die richtigen Schlüsse aus dem historisch schlechten Wahlergebnis vom 23. Februar 2025 (16,4%)? Die Partei, so Klingbeil, solle nicht noch polarisierter, radikaler und linker werden, »was bitter nötig ist,« denn – so



KI-Foto: Sozialismus.de-Archiv

die FAZ – die Partei sei seit geraumer Zeit »ein Scheinriese« und »in der Regierung einflussreicher, als es das Wahlergebnis hergibt.« Da sie auch organisatorisch und strukturell gemessen am Koalitionspartner CDU/CSU im Hintertreffen sei, bestehe die Gefahr, sie werde »zu einer Fata Morgana« herabsinken und so werde auch das von Klingbeil favorisierte »Projekt 2029« verfehlt, nämlich in dieser kurzen Frist parteipolitische Stabilität und die Mehrheitsfähigkeit zu erringen. Denn: »Kaum mehr jemand glaubt der SPD, dass sie gute Konzepte für die Zukunft hat. Klingbeil will das ändern. Aber es herrscht keineswegs Einigkeit darüber, wie der Weg dahin aussehen soll.« (FAZ) Auch an der Parteibasis, in den Ortsvereinen, wüsste man gern, so z.B. Fragen aus dem Landesverband NRW, welche Lehren Klingbeil aus der historischen Niederlage der diesjährigen Bundestagswahl zieht und wie unter seinem Parteimanagement eine Neuaufstellung der Bundespartei gelingen könnte.

»Politik der Mitte« statt Linkswende

Von Niemandem bestritten steht ein Erneuerungsprozess der deutschen Sozialdemokratie an.³ Auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD am 10. Mai 2025 in Duisburg kam es zur ersten größeren öffentlichen Aussprache der Partei nach der Regierungsbildung. Hier versicherte der Bundesvorsitzende den Anwesenden, dass das Wahldebakel vom 23. Februar nicht zu den Akten gelegt werde. Sein persönlicher Anspruch werde sein, dieses Ergebnis aufzuarbeiten: »Wir brauchen eine ehrliche, eine offene, eine schonungslose Diskussion, wie wir wieder stärker werden können.« (FAZ v. 12.5.2025, S. 4) Für Letzteres appellierte Klingbeil – auch nach drei Monaten Aufarbeitung recht allgemein – an das staatspolitische Verantwortungsgefühl der Genossinnen und Genossen und forderte Geschlossenheit und solidarisches Zusammenstehen. Es gelte, das Land stark zu machen, sonst werde es schwierig, »die demokratische Mitte zusammenzuhalten«. Damit ernstete er zahlreichen und lauten, vor allem Juso-Widerspruch: Statt für eine

gezielt »progressive und sozial gerechte Zukunft« einzutreten, reise die SPD auf der Basis des Koalitionsvertrages mit der CDU/CSU in die Vergangenheit und »kapituliere so immer mehr vor der Agenda der Rechten«.

Der vielfältigen Forderung nach einer Linkswende erteilte Klingbeil im Einklang mit dem NRW-Parteivorstand und dem Duisburger Leitantrag eine Absage. Es gelte stattdessen, wieder Politik für die Mitte zu machen, »für die Menschen, die arbeiten gehen, die fleißig sind, sich um ihre Familien kümmern, die in Vereinen aktiv sind, die den Laden am Laufen halten ob auf der Arbeit oder zu Hause, die sich von uns abgewandt haben.«

SPD als »gesellschaftliche Dienstleisterin«?

Eine grundlegende kritische Selbstreflexion der Partei über das vorzeitige Ende der Ampelkoalition⁴ und das in der Partei als desaströs empfundene Wahlergebnis vom Februar hat bisher für die Öffentlichkeit erkennbar nicht stattgefunden. An die Grundwertekommission der Partei ist nach dem Wahldebakel am Anfang März vom Bundesvorstand der Auftrag ergangen, einen ersten Schritt der Aufarbeitung zu tun. Eine Autorengruppe hat nun Mitte Mai eine erste 14-seitige Skizze vorgelegt, die bisher aber nicht veröffentlicht wurde. Wie man hört, soll sie überarbeitet und als Diskursmaterial dem Bundesparteitag Ende Juni in Berlin vorliegen und in einen Antrag einfließen, der die Parteführung mit einem organisatorischen Reformprozess und mit einer politischen Neuorientierung hin auf ein »Zukunftsprogramm 2040« beauftragt.

In der Öffentlichkeit kursiert zurzeit eine 1 ½-seitige »Zusammenfassung«, von der nicht unbedingt unterstellt werden kann, sie sei autorisiert. Demnach betont der Kernbefund des Textes der Grundwertekommission den erschöpften Zustand der Partei und lautet nicht sehr überraschend: »Die SPD bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Ihr fehle eine die Partei- und Kampagnenarbeit überwölbende und sinnstiftende Erzählung, »ein kohärenter und überzeugender Gesellschaftsent-

wurf.« Die SPD müsse sich als Vordenkerin und treibende Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts positionieren. Um sich diesem Ziel zu nähern, bedürfe es neuer und erneuerter Kooperationen mit Bündnispartnern, Kirchen, Gewerkschaften, NGO's und analoger wie auch digitaler Zivilgesellschaft. Parteiintern gelte es als unabdingbar, die Parteischulung wieder zu stärken, um das SPD-Spitzenpersonal und Kandidierende besser auf ihre Rolle vorzubereiten; verloren gegangene Kompetenzfähigkeiten seien wieder auf- und auszubauen, damit die Partei als »gesellschaftliche Dienstleisterin« erkennbar werde. Und: Die Partei müsse wieder »Spitzenpersonal und Persönlichkeiten mit Außenwirkung und Strahlkraft« fördern. Die knappe Zusammenfassung kommt resümierend allerdings zu dem kritischen Ergebnis: »In der vorliegenden Form wird der Entwurf kaum bestehen bleiben.«

Säkularer Bedeutungsverlust

Ein Hinweis des Kommissionstextes lässt allerdings aufhorchen und man darf gespannt sein, wie weit er aufge-

Hasko Hüning, Politikwissenschaftler in Berlin, arbeitet zu Transformationsprozessen ökonomisch-sozialer Strukturen, Arbeits- und Geschlechterverhältnissen sowie politischen Parteien, Mitarbeiter der Sozialistischen Studiengruppe (SOST). In Heft 1-2025 schrieb er zu »Modern Times? Altes und Neues im betrieblichen Geschlechterverhältnis«.

¹ Mona Jaeger: Eine andere SPD. FAZ v. 12.5. 2025: 1

² Es mag zwei Ausnahmen geben, nämlich Verteidigungsminister Boris Pistorius und die Ministerin Bärbel Bas (Arbeit und Soziales). Mögliche Differenzen zu Klingbeils inhaltlichen Positionen sind nicht bekannt.

³ Dies ist wahrlich kein neues Thema. Vgl. Hasko Hüning: Erfolgreiche Erneuerung der SPD? In Sozialismus.de, Heft 5-2023, S. 15-20.

⁴ Auf den zentralen Konflikt in der Ampelkoalition, der letztlich keiner Lösung zugeführt worden ist, hatten Gerd Mielke und Fedor Ruhose schon 2021 in ihrem Buch »Wo steht die SPD? Zwischen Selbstaufgabe und Selbstfindung«, Bonn, S. 126, hingewiesen: »Geht es um Klimapolitik und Digitalisierung in einer oben und unten gespaltenen Gesellschaft? Oder geht es darum, eine Gesellschaft auf der Grundlage wohlfahrtsstaatlich abgesicherter Gerechtigkeit die Bedrohungen des Klimawandels und die Herausforderungen der digitalen Transformation bewältigen zu lassen?«

⁵ Horand Knaup, Zukunft der Sozialdemokratie: SPD-Kommission sieht Partei in einem kritischen Zustand. Table Media Berlin, 15.5. 2025.

New!



Doris Bühler-Niederberger /
Manfred Liebel (Hrsg.)

**Palästinensische Kindheit
und Jugend**
**Aufwachsen in
Konstellationen von
Ausgrenzung und Gewalt**

2025 – ca. 350 Seiten – ca. 35,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-142-1
auch Open Access

Jana Kavermann

**Vom Klassenkampf zum
Kampf um Klasse**

2025 – ca. 250 Seiten – ca. 28,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-143-8
Für Bibliotheken auch als
Ebook-Campuslizenz bestellbar:
eISBN 978-3-98634-197-8

Thomas Böhm / Kathrin Gerlof /
Stephan Kaufmann /
Sigrun Matthiesen

**Finanzialisierung von
Gesundheit und Pflege**

**20 Jahre DRGs und Profite mit
Kranken**

2024 – 309 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-141-4



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

griffen und für die Debatten in der Partei relevant wird: Hinter dem desaströsen Wahlergebnis würden sich neben kurzfristigen und situativen Faktoren wie z.B. des Bruchs der Ampelkoalition und das Agieren der beteiligten Politiker tiefere Ursachen verbergen, nämlich »langfristige, unterschwellige Tendenzen des Niedergangs«. Eine umfassende Erneuerung müsse langfristige Entwicklungen einbeziehen, um durchgreifende Veränderungen zu ermöglichen. Einen solchen eher analytischen Versuch der Annäherung an einen historischen Prozess des Niedergangs der deutschen Sozialdemokratie bieten jüngst Gerd Mielke und Fedor Ruhose mit ihrem im April 2025 erschienenen Text »Absturz mit Ansage.«⁶

Bei der Betrachtung der dramatischen Wahlniederlagen der SPD markiere das erste Jahrzehnt der 2000er-Jahre eine programmatisch-ideologische Zäsur, die der Bad Godesberger Wende im Jahr 1959 gleichkomme: Die Jahre 1998 bis 2009 signalisieren einen »säkularen Bedeutungsverlust der Sozialdemokratie«, dessen Ursache im Diskurs und letztlich im programmatisch übernommenen Konzept des »Dritten Weges« als eine neue, mit neoliberalen Elementen durchsetzte Variante von Sozialdemokratie zu suchen ist. Die Partei selbst hatte keine überzeugende Antwort auf den radikalen Wandel der Arbeitswelt, auf Individualisierung und Globalisierung. Als »Agenda 2010« unter Gerhard Schröder war sie ein Bruch mit traditionaler sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und führte zu einer dauerhaften Abkehr weiter Teile der Wählerschaft der unteren sozialen Schichten von der SPD.

Die Partei wurde nach und nach keine relevante politische Bezugsgröße mehr für ihre vormalige Stammklientel der »kleinen Leute«, u.a. auch getragen von diversen programmatischen Schwenks wie die Ersetzung des klassischen Ziels der »Verteilungsgerechtigkeit« durch das schwammigere Ziel der »Chancengerechtigkeit« oder gar des mehr oder minder inhaltsleeren Ziels des »Respekts«. Damit schwand auch, so die beiden Autoren, im Laufe der Zeit die der Partei zugeschriebene Kompe-

tenz für soziale Sicherheit und der damit verbundene Rückhalt in der Wählerschaft.⁷

**Um 1973 nahm alles
seinen Anfang**

Mit ähnlicher Intention wie Mielke/Ruhose schaut der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter – allerdings schon deutlich früher und in der Historie noch weiter zurückgreifend – auf die Sozialdemokratie.⁸ Seine These: 1973 versiegte der Nachkriegsboom mit seinen einzigartigen wirtschaftlichen Wachstumsraten. Der Herbst 1973 läutete eine lange Zeit der Depression für die deutsche Sozialdemokratie ein, denn die ca. zweieinhalb Jahrzehnte dauernde glückliche »Harmonisierung der Rentabilitätsinteressen des Besitzbürgertums mit den Verteilungsansprüchen der Arbeitnehmer« (8) kam an ihr Ende. Die Sozialdemokratie büßte ihre politische Zielperspektive ein, der (Sozial-)Staat erschien nicht mehr als befriende Instanz, sondern als restriktiver Problemproduzent, die Märkte entgrenzten sich, das Besitzbürgertum verteidigte aggressiver seine Interessen gegen wohlfahrtsstaatliche Interventionen, die sozialdemokratischen Ziele und die Pfade dahin wurden ab 1973 gründlich in Frage gestellt; Antworten darauf gab es kaum, die Improvisation wurde zum Politikstil sozialdemokratischer Bundeskanzler (10–16). »Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war seit 1973 die Geschichte einer Welt, die ihre Orientierung verloren hat,«⁹ was insbesondere auf die Sozialdemokratie zutraf. »In der Zeit um 1973 nahm alles seinen Anfang.« (17)

Der gesellschaftliche und politische Entwicklungsweg seither wird von Franz Walter einer akribischen Darstellung unterzogen, die in ihrer begründenden Ausführlichkeit nicht ausgebrettet werden kann. Dennoch hier knapp sein Deutungsangebot: Als seit ca. 2005 die sozialdemokratischen Themen in Form ökonomisch-sozialer Probleme mit Macht zurückkehrten, war der »programmatische, personelle, organisatorische und sprachliche Anpassungsprozess an die geistige Hegemonie des Neoliberalismus« in der bundesdeut-

schen Gesellschaft und im Parteien- und Regierungssystem weit, zu weit fortgeschritten. Eine neue Politikergeneration sann nicht mehr auf Gegenwirklichkeit, sondern war zum Wächter der herrschenden Rationalitäten geworden. »Die Agendapolitik von Gerhard Schröder war gewissermaßen der point of no return.« Zwar ist richtig, dass die neue SPD streng auf die Prämierung durch Leistung diesseits von Stand und Klasse setzt, also die Elitenrekrutierung von den traditionellen Herkunftsprivilegien abweist und insofern sich »gerecht« dünken kann, doch sie setzt auf solche aufgestiegenen Leistungsträger, die ausreichend Kraft mitbringen, durch Bildungsanstrengung und Bereitschaft zum self employment individuelle Chancen zu nutzen. Zugleich ist unübersehbar: Auch die »Angehörigen der Aufsteigermitte befinden sich derzeit in einer labilen Existenz, fürchten sich vor Unsicherheit und sorgen sich, ob sie den sozial erworbenen Status künftig noch halten können.« (108/109)

Zwar ist über Jahre hinweg die neoliberalen Denkart in das Bewusstsein nicht nur der Bürgerinnen und Bürger »eingesickert« (P. Dobner), sondern hat auch die Köpfe politischer Entscheidungsträger ideell enteignet. Gleichzeitig zeigt aber auch das Wahlverhalten, dass ein durchaus relevanter Teil der Bevölkerung nicht von den wohlfahrtstaatlichen Einstellungen und Ansprüchen lassen will. Franz Walter fasst zusammen: »Eine Politik der integrativen, ausgleichenden Mitte bewegt sich bewusst kritisch gegenüber den neoliberalen Dogmatismen, sie wendet sich auch ab von der freiwilligen geistigen Unterwerfung der ›Dritte-Wege-Sozialdemokratie [...]. Die gesellschaftliche Mitte leidet darunter, dass die sozialen Balancen und Ausgleichsregeln der früheren sozialen Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt worden sind. Gerade die gesellschaftliche Mitte hatte das Leitbild der Äquivalenz, der durch Reziprozität hergestellten Gerechtigkeit verinnerlicht: Man zeigte Fleiß, bekam dann mehr Lohn oder Gehalt, durfte mit Aufstiegschancen rechnen. Dieser kausale Nexus, die legitimatorische Grundlage der sozialstaatlich abgepufferten Leistungsmarktwirtschaft, ist jedoch ge-

sprengt. Seit den neunziger Jahren ist das für die Mitte ein größerer Schock als für das ›Unten‹, das bereits länger Erfahrung mit dem Bruch der Sozialversprechen aus der Frühzeit der Bundesrepublik hatte sammeln müssen.« (128)

Die sozialdemokratische Regierungspolitik und ihre Begründungen haben ab 1973 zum Verlust der politischen Deutungsmacht der Partei in Krisenzeiten beigetragen. Zugleich stecken die politischen Konkurrenten selbst in einer Krise und suchen nach Auswegen; das Dilemma ist greifbar: Die Sozialdemokraten scheinen ihnen konzeptionell wenig wirklichkeitsnah und glaubwürdig entgegentreten zu können; damit erhebt sich die Frage, ob die SPD zu ihrer historischen Aufgabe zurückfindet, nämlich als Anwältin einer berechtigten Furcht der Bürger zu handeln?

Projekt »Linke Mehrheit«

Michael Zürn, Direktor der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin, hebt hervor, dass dort, wo die ausgleichende Daseinsvorsorge für die Grundbedürfnisse für ein ordentliches Leben für alle nicht mehr bereitgestellt wird, das Narrativ autoritärer Populisten auf fruchtbaren Boden fällt. Er plädiert vehement für eine handlungsfähige Koalition demokratischer Parteien, die ein »Projekt funktionierender Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert« auf den Weg bringt und so möglicherweise anders gelagerte Interessen von CDU und SPD für ein Regierungsprogramm hintangestellt werden können.¹⁰

Dies gedanklich aufgreifend plädieren Mielke/Ruhose in ihrem Text angesichts der gegenwärtigen Strukturen des deutschen Parteiensystems für ein zur Erneuerung der Sozialdemokratie ergänzendes Projekt »Linke Mehrheit und linke Mitte« in der Absicht, ein Gegenbild zu dem augenblicklich vorherrschenden konservativen Gesellschaftsentwurf anzubieten. Eine linke Mehrheit habe die zukünftige politische Kooperation mit den Grünen und der Linken im Sinn – und zwar »als dauerhaftes strategisches Ziel.« (109) Dieser Orientierung könnte Franz Walter gut folgen, denn aus seiner Sicht braucht eine »SPD der

neuen Mitte« eine Partei links von sich selbst und profitiert davon, weil diese politische Kraft dem autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus die Unterschichten nicht überlässt, zu deren Integration man selbst nicht mehr als Partei der neuen Mitte in der Lage sei. (111)

⁶ Gerd Mielke/Fedor Ruhose: Absturz mit Ansage. Die SPD und die Bundestagswahl 2025. In: TUP Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 76. Jg., Heft 2/2025, S. 102–110. Beide Autoren sind SPD-Innerer. Mielke ist Prof. für Politikwissenschaft an der Uni Mainz, Ruhose ist Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und Mitglied der Grundwertekommission der SPD. Ihre Sicht auf die SPD soll hier paraphrasierend aufgegriffen werden.

⁷ Die ostdeutschen Bundesländer haben sich laut Mielke und Ruhose für die SPD von Beginn an als Krisenregion erwiesen; dort besetze sie eine Nischenexistenz mit einem Zweitstimmenanteil von 11,8%. Der Grund: sie hat es seit drei Jahrzehnten nicht geschafft, »sich als Trägerin eines eigenständigen und tragfähigen politischen Milieus zu etablieren«; dies hätte von Anfang an als ein strategisches Projekt der Bundes-SPD definiert werden müssen. Offenbar hat Lars Klingbeil nun als Finanzminister dieses Defizit erkannt und will es offensiv ausräumen, und zwar regierungsorganisatorisch durch die Überführung der Funktion der Ostbeauftragten als Staatsministerin aus dem Kanzleramt ins Finanzministerium. Damit könnte ein eigenständiges sozialdemokratisches Regierungsprojekt relativ unabhängig vom Koalitionspartner etabliert werden. Seine These beim diesjährigen Ostdeutschen Wirtschaftsforum in Bad Saarow: »Es geht um das ganze Land, aber im Osten gibt es besondere Herausforderungen. Es geht um Investitionen für Wachstumsimpulse und darum, unerschlossene Potentiale in der Region zu heben.« (FAZ vom 21.5.2025, S. 15) Die Etablierung eines großen öffentlichen Investitionsprogramms zielt auf die wahlpolitische Dominanz der AfD im Osten und soll den politischen Spielraum der autoritären Populisten begrenzen.

⁸ Franz Walter: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie. Berlin 2010/2011 (3. Aufl.). Die Argumentation verdient eine ausführlichere Beschäftigung. Der Text wird hier ebenfalls paraphrasierend aufgenommen.

⁹ Eric Hobsbaw: Das Zeitalter der Extreme, Wien/München 1995, S. 503; zit. bei Franz Walter, S. 15.

¹⁰ Michael Zürn: Große Gefahren und machbare Visionen. In: Wirtschaftsforum der SPD e.V. (Hrsg.): VISIONOMICS. Fünf Säulen für Wohlstand in einer unsicheren Welt. Bonn 2025, S. 343–347. In diesem gleichen Band breitet der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke die Grundlagen für eine sozial-ökologische Reformpolitik aus und ist sich sicher, dass es dafür eine gesellschaftliche Mehrheit gibt. Ebda, S. 61–76.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/ Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/ Forum Gewerkschaften
- Internationales/ Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/ Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonneiere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonneiere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____ Name, Vorname

_____ Straße

_____ Plz, Ort

_____ Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____ Datum, 2. Unterschrift

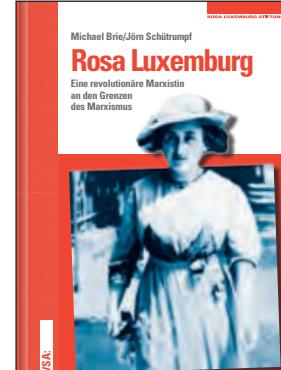
Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de